



11 Pluspunkte für die Landkreise Hof und Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Gemeinsames Positionspapier der SPD-Kreistagsfraktionen

vom 17.11.2014

Die SPD-Fraktionen in den Kreistagen Hof und Wunsiedel haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 17.11.2014 die wirtschaftliche und soziale Situation in beiden Landkreisen analysiert und halten fest:

Die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Landkreisen bleibt deutlich hinter dem restlichen Teil Oberfrankens und Bayerns zurück. Auch 25 Jahre nach der für die Region erfreulichen Grenzöffnung ist es nicht gelungen, dem in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts fortschreitenden Niedergang der traditionellen Industrien Porzellan- und Textilherstellung zu begegnen. Es ist weiter nicht gelungen, durch vernünftige und nachhaltige staatliche Strukturpolitik die Voraussetzungen für einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen.

Daraus resultieren eine negative Arbeitsplatzbilanz, ein immenser Rückgang der Bevölkerung mit gleichzeitiger Überalterung, eine dramatische Entwicklung der Kommunalfinanzen unserer Städte und Gemeinden und dadurch auch eine vernachlässigte Infrastruktur.

Es hilft nicht, wenn von Seiten der Staatsregierung und der CSU immer einzelne positive Beispiele als „Beweis“ hervorgehoben werden, es ginge in unserer Region aufwärts. Dass die Wirtschaft sich in Teilen z.B. beklagt, in der Region keine Fachkräfte finden zu können, liegt doch eben daran, dass in den letzten 25 Jahren gerade die jungen und gut ausgebildeten Menschen die Region verlassen haben. Weil diese jüngeren Menschen fehlen, geht auch die Geburtenzahl zurück.

Die nüchternen Zahlen von Einwohnerentwicklung, Wirtschaftsleistung und Umlagekraft sprechen deshalb eine deutliche Sprache.

Trotz dieser Situation kommen die beiden Landkreise weder im Nordbayernplan der Staatsregierung noch in der letzten Pressemitteilung des Ministerpräsidenten zu den einzelnen geplanten Maßnahmen überhaupt vor.

Es ist daher begrüßenswert, dass sich die regionalen Kräfte bündeln und sich z.B. die heimische Wirtschaft bereits mit eigenen Forderungen an die Politik gewandt hat.

Auch die beiden Kreistagsfraktionen der SPD setzen sich mit aller Kraft dafür ein, die gegenwärtige Situation zu verbessern.

Wir nehmen daher manche Forderungen der Wirtschaft gerne auf und ergänzen sie um eigene Vorschläge und Forderungen, die auch die sozialen Belange der Bevölkerung berücksichtigen.

Aus Liebe und Verantwortung zu unserer Heimat und ihren Menschen und deren Sorge um ihre Zukunft, die wir positiv beeinflussen möchten, stellen wir deshalb gemeinsam folgende Forderungen an die Bayerische Staatsregierung:

11 Pluspunkte für die Landkreise Hof und Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Wir fordern:

1. Hochfranken als Schwerpunkt der Landesentwicklung – Maßnahmen in den Nordbayernplan der Staatsregierung aufnehmen
2. Aktive Unterstützung durch die Staatsregierung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Behörden
3. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und weitere Verbesserung des schnellen Internets
4. Entschuldung der Städte, Gemeinden und der beiden Landkreise
5. Ausweitung der Städtebauförderung und Dorferneuerung auch ohne Eigenanteil
6. Erhalt der Schulen auf dem Land
7. Sicherung der stationären und Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich
8. Errichtung einer FH in Marktredwitz
9. Fortführung der regionalen Energiewende
10. Förderung des Tourismus - Tourismus als kommunale Pflichtaufgabe
11. Erhalt und Stärkung der kulturellen Einrichtungen

Erläuterungen

1. Hochfranken als Schwerpunkt der Landesentwicklung – Maßnahmen in den Nordbayernplan der Staatsregierung aufnehmen

Der bisherige Nordbayernplan der Staatsregierung ist unzureichend und berücksichtigt die speziellen Probleme der Region Hof/Wunsiedel kaum. Er ist dringend zu überarbeiten und die nachfolgenden Forderungen sind in den Plan aufzunehmen und umzusetzen. Ein zentraler Punkt ist die Forderung der BayernSPD nach 600 Mio. EUR für jeden Regierungsbezirk in Nordbayern. Diese 600 Mio. EUR sind nicht mit der Gießkanne, sondern an den Brennpunkten der Entwicklung, d.h. vorrangig im Osten und Norden Oberfrankens einzusetzen. Diese Mittel sind außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs bereitzustellen.

Die bisherigen Ansätze zu einer gemeinsamen regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen der beiden Landkreise und der Stadt Hof als Wirtschaftsregion Hochfranken waren bislang nicht ausreichend erfolgreich. In beiden Landkreisen gibt es zu viele zu wenig koordinierte und unterschiedliche Ansätze, die die Region nicht wirklich nach vorne bringen. Auch mit Blick auf die Größe der Region befürworten wir ganz ausdrücklich für Fragen der Wirtschaftsförderung gemeinsame Lösungsansätze und Strukturen.

2. Aktive Unterstützung durch die Staatsregierung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Behörden

In unseren Landkreisen stehen ausreichend Gewerbeflächen, zum Teil als Brownfield, zum Teil auf der grünen Wiese, zur Verfügung. Es ist nicht notwendig im Umfeld der Metropolen weitere landwirtschaftliche Flächen oder Erholungsgebiete in Industriegebiete umzuwidmen, wenn diese hier zur Verfügung stehen. Beide Landkreise bieten ein attraktives Umfeld mit einem hohen Erlebnis- und Erholungsfaktor und damit die Voraussetzung für Unternehmensansiedlungen im Grünen.

Wir wollen nicht nur die Bedingungen für die bestehenden erfolgreichen Unternehmen verbessern, sondern eben auch die Voraussetzungen für Neuansiedlungen schaffen.

Wir unterstützen gleichfalls die Verlagerungen einer Staatsbehörde in unsere Region.

Die Defizite der Verkehrs- und Internet-Infrastruktur und bei manchen weichen Standortfaktoren (s.u.) sind dabei noch zu beheben.

3. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und weitere Verbesserung des schnellen Internets

Schwerpunkt bei der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur muss nach jahrzehntelanger Vernachlässigung der Ausbau und die Elektrifizierung der Hauptstrecken Hof – Marktredwitz – Nürnberg (mit Abzweig nach Cheb) und Hof – Regensburg sein.

Die B303 ist umweltverträglich auszubauen. Tröstau als einziger direkt betroffener Ort im Landkreis Wunsiedel ist mit einer Tunnellösung zu entlasten, die nicht, wie bisher geplant, den existierenden Golfplatz als wichtige touristische Einrichtung in zwei Hälften zerschneidet.

Die Kreis- und Gemeindestraßen in beiden Landkreisen sind aufgrund unzureichender lokaler Finanzen z.T. in einem katastrophalen Zustand und daher mit Hilfe des Freistaats auszubauen.

Die Strukturen des ÖPNV in beiden Landkreisen Hof und Wunsiedel i. Fichtelgebirge sind zu einem intelligenten und flexiblen Verkehrsverbund zu verknüpfen, um einheitliche Leistungen in der Region anbieten zu können. Zum ÖPNV gehört selbstverständlich auch die zeitnahe Wiederinbetriebnahme der Bahnlinie Selb – Asch.

Die Programme zum Ausbau der Breitbandversorgung sind – trotz Aufstockung – noch nicht ausreichend, um flächendeckend den Zugang zu schnellem Internet zu ermöglichen. Wir fordern weitere staatliche Mittel gerade für den ländlichen Raum, denn den Städten und Gemeinden wurde diese Aufgabe vom Staat auferlegt. Er muss sie auch ausreichend fördern.

4. Entschuldung der Städte, Gemeinden und der beiden Landkreise

Um eine positive Entwicklung der Städte, Gemeinden und der beiden Landkreise zu ermöglichen, sind diese von alten Schulden zu befreien, die als Hypothek des Strukturwandels wie ein Ballast auf den Schultern der Gebietskörperschaften liegen. Die Umverteilung staatlicher Mittel nach dem Gemeindefinanzausgleich ist zu verbessern. Nur kosmetische Änderungen bringen den ländlichen Raum nicht voran. Ein größerer Anteil an den Einnahmen brächte unseren Kommunen wieder den Spielraum, mehr eigene Initiativen umzusetzen. An Projekten und Ideen fehlt es uns nicht.

Darüber hinaus benötigt die Region die oben angegebenen Strukturhilfen außerhalb des Finanzausgleichsystems, ohne die die Strukturkrise in der Region nicht überwunden werden kann. Diese Mittel müssen ganz zielgerichtet in die Infrastruktur der Region geleitet werden.

Leider hat die Staatsregierung bisher nur sehr schwache Signale in dieser Richtung ausgesendet. Man sollte in München durchaus würdigen, dass unsere Landkreise bis in die 1980er Jahre über Jahrzehnte hinweg den Umbau von Südbayern vom Agrar- zum Hitech-Land mitfinanziert haben. Wir fordern einen gerechten Anteil an der Dividende dieser Investitionen.

5. Ausweitung der Städtebauförderung und Dorferneuerung auch ohne Eigenanteil

In Folge leerer Kassen werden Projekte von staatlichen Stellen wegen fehlender Eigenmittel nicht bezuschusst. Das darf nicht sein. Wer eine Steigerung der Attraktivität – weiche Standortfaktoren ist das Stichwort – anstrebt, darf nicht in der Luft hängen gelassen werden.

Beim Stadtumbau ist auf den demografischen Wandel zu achten, es ist hochwertiger, generationengerechter und bezahlbarer Wohnraum zu schaffen, wobei es nicht zu einer weiteren Verödung der Innenstädte kommen darf. Dies ist konkrete Strukturpolitik. Dafür fordern wir die entsprechenden Mittel und gegebenenfalls neue Programme.

Die eingereichten Projekte des Stadtumbaus und der Dorferneuerung müssen vorbehaltlos gefördert werden.

6. *Erhalt der Schulen auf dem Land*

Kurze Beine – kurze Wege. Mit Schrecken verfolgen wir die Entwicklung, dass zunehmend auch Grundschüler zu Fahrschülern werden und ihre Schule nicht mehr per pedes oder mit dem Fahrrad erreichen können. Wir fordern, formalistische Anforderungen an Klassenstärken hinter praktische Lösungsansätze zurückzustellen. Es ist für eine ausreichende Zahl von Lehrkräften zu sorgen. Lehrerinnen und Lehrer müssen vielleicht künftig öfter den Standort wechseln, aber ihnen ist es eher zuzumuten als ganzen Klassen.

Gleichzeitig fordern wir den Erhalt und Ausbau der weiterführenden und berufsfachlichen Schulen in den beiden Landkreisen, um die Bildungs- und Ausbildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen zu wahren.

7. *Sicherung der stationären und Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich*

Ein wichtiger Standortfaktor ist die ausreichende und qualitätsvolle Versorgung mit ärztlichen Leistungen im Wohnumfeld. Niemand bestreitet, dass Patienten für hochspezialisierte Untersuchungen und Eingriffe auch weitere Fahrten in Kauf nehmen, aber die alltägliche ärztliche Versorgung muss vor Ort stattfinden. In jeder Gemeinde sollte es einen Allgemeinmediziner geben. Dies ist von staatlicher Seite zu fördern. Wir erkennen keine derart ausgeprägte Überversorgung wie sie die KVB postuliert. Wir sehen vielmehr, wie schwierig es ist, Landarztpraxen auf Dauer zu halten und geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden.

8. *Errichtung einer Fachhochschule in Marktredwitz*

Ohne Zweifel wäre die Einrichtung einer allgemeinen FH in Marktredwitz ein Quantensprung für die Region, da Beispiele wie die Universität in Bayreuth oder die FH in Deggendorf zeigen, dass seit ihrer Errichtung erhebliche positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Städte Bayreuth und Deggendorf eingetreten sind. Wunsiedel/Marktredwitz haben als gemeinsames Oberzentrum ebenfalls eine entsprechende Bildungseinrichtung verdient. Die Pläne sind vorhanden, nur der Wille zur Umsetzung fehlt.

Diese neue Hochschule soll die bestehenden Hochschulangebote in Hof und Münchberg ergänzen, die zu erhalten und weiter zu fördern sind.

9. *Fortführung der regionalen Energiewende*

Beide Landkreise und viele ihrer Kommunen haben sich einer regionalen Energiewende verschrieben und sind auf diesem Weg bereits weit vorangekommen. In einzelnen Gemeinden wird bereits mehr regenerative Energie produziert als vor Ort verbraucht wird. Die Bevölkerung ist in weiten Teilen mit der Nutzung von Wind- und Solarenergie einverstanden. Auch Biogas im lokalen Maßstab oder die Verwertung von Holz wird mitgetragen. Allerdings herrscht Unverständnis darüber, dass der Region der Bau einer HGÜ-Leitung quer durch unsere großartige Landschaft droht, von der die Menschen in der Region nur Nachteile und keine Vorteile haben würden. Beide Fraktionen fordern den vorrangigen seriösen Nachweis des Bedarfs der sogenannten HGÜ Süd-Ost, das Einsetzen für eine Erdverkabelung in sensiblen Bereichen, und wir fordern, regionale Konzepte zu unterstützen.

10. Förderung des Tourismus - Tourismus als kommunale Pflichtaufgabe

Nachhaltiger Tourismus auf hohem Niveau kann ein weiteres Standbein unserer wirtschaftlichen Entwicklung sein. Wir fordern den Freistaat auf, möglichst viele private Projekte, wie den bereits begonnenen Neubau eines Thermalhotels in Weißenstadt, zu ermöglichen und ähnlich großzügig zu fördern.

Die Marken Fichtelgebirge und Frankenwald sind zu stärken.

Wie bereits angeführt gehört hierzu auch der Bau von touristischer Infrastruktur durch die Kommunen, der auch dann zu ermöglichen ist, wenn wegen knapper Kassen oder nicht genehmigter Haushalte Engpässe bestehen.

Für den Tourismus sind ein landkreis- und grenzübergreifendes Radwegekonzept zu erstellen und der Radewegebau vorrangig zu fördern. Die vorhandenen teils überregionalen Radwanderwege sind sinnvoll zu verbinden (z.B.: Saale Radweg – Brückenradweg, geplanter Egerradweg etc.) Dies ist formell vielleicht eine freiwillige Leistung, tatsächlich aber praktische Tourismusförderung. Tourismusförderung ist bei uns eine Notwendigkeit und weit mehr als eine freiwillige Leistung.

11. Erhalt und Stärkung der kulturellen Einrichtungen

Kultur ist mehr als nur ein weicher Standortfaktor, wie sie in der Regionalwissenschaft gerne bezeichnet wird, sondern sie schafft Lebensqualität und regionale Identität. Für die SPD darf die Kultur deshalb nicht zu kurz kommen und die vorhandenen Kultureinrichtungen sind weiter zu erhalten und entsprechend zu fördern.

Wir fordern daher abschließend die Staatsregierung und auch die beiden Landräte auf, die genannten Forderungen zu unterstützen und umzusetzen.

Zum Wohle unserer Heimat.

Schwarzenbach a.d. Saale, 17.11.2014

Ulrich Scharfenberg
SPD Fraktionsvorsitzender
Kreistag Hof

Jörg Nürnberger
SPD Fraktionsvorsitzender
Kreistag Wunsiedel i.F.